

## **Wahlprüfsteine fidel - Antworten der FDP**

**Die Lehrer/innen, die an Gesamtschulen Oberstufenunterricht erteilen, werden nicht einheitlich nach A 13Z bezahlt. Wie stehen Sie zu dem Problem, dass die so genannten Laufbahnwechsler/innen mit A 12 monatlich ca. 300 Euro weniger verdienen? Welche Maßnahmen wollen Sie zur Lösung ergreifen?**

### **FDP**

Die FDP will die Modernisierung des öffentlichen Dienstes vorantreiben. Dabei wird bei der für das Jahr 2012 angekündigten Dienstrechtsreform auch die Frage des Laufbahnwechsels eine Rolle spielen. Im Rahmen der Dienstrechtsreform streben wir ein flexibleres Dienstrecht mit einer höheren Durchlässigkeit der Laufbahnen an.

**Lehrer/innen, die Korrekturfächer unterrichten, sind arbeitsmäßig in einem hohen Maße beansprucht. Wie stehen Sie zu dem Problem der ungleichen Arbeitsverteilung? Wie wollen Sie die Korrekturfachlehrer/innen entlasten?**

### **FDP**

Die Liberalen möchten in der nächsten Legislaturperiode ein umfassendes Lehrerjahresarbeitszeitmodell schaffen, das alle individuell geleisteten Arbeiten in den Schulen erfasst. Bei der Einführung eines solchen Jahresarbeitszeitmodells soll es sich nicht um ein Sparmodell handeln. Es ist für die Lehrerinnen und Lehrer aus Sicht der FDP wichtig, dass ein solches Modell eine faire, flexible und transparente Darstellung der unterschiedlichen geleisteten Tätigkeiten darlegt und neben der Unterrichtsverpflichtung, der Vor- und Nachbereitung, dem sich stark unterscheidenden Korrekturaufwand der einzelnen Fächer und der damit einhergehenden unterschiedlichen Beanspruchung der Fachlehrer auch ein Ausgleich bei der Aufgabenwahrnehmung für weitere Tätigkeiten wie z. B. der Konferenzen oder auch Vertretungsaufgaben mit einbezogen werden.

**Durch welche Maßnahmen wollen Sie erreichen, dass Lehrer/innen sich wieder auf das Kerngeschäft des Unterrichts konzentrieren können? Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, Verwaltungsfachkräfte und Netzwerkadministratoren zusätzlich zum schulischen Stellenkontingent einzustellen?**

### **FDP**

Die FDP will die Schulleitungen und die Lehrerinnen und Lehrer von bürokratischen Aufgaben entlasten, um ihnen die Konzentration auf ihre Kernaufgaben zu ermöglichen. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Einsatz von Schulverwaltungsassistenten sind sehr positiv. Die FDP fordert den flächendeckenden Einsatz von Schulverwaltungsassistenten zur bürokratischen Entlastung der Schulleitungen und zur Befreiung der Lehrkräfte von nicht-pädagogischen Aufgaben. Die Liberalen wollen in der kommenden Legislaturperiode mindestens 1.000 Stellen schaffen und dafür vor allem vorhandene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung auf diese Aufgabe vorbereiten und an die Schulen versetzen. Die zusätzlichen Kräfte werden nicht auf die Lehrerstellen angerechnet.

**Viele Erziehungsaufgaben werden an die Schule delegiert. Die Lehrer/innen übernehmen die Arbeit der Eltern. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um sicherzustellen, dass die Eltern ihrer Erziehungspflicht nachkommen?**

### **FDP**

Mit dem neuen Schulgesetz sind die erzieherische Funktion der Schule und die disziplinarischen Rechte der Lehrer gestärkt sowie Noten für das Arbeits- und Sozialverhalten eingeführt

worden. Mit den Noten für die Leistungsbereitschaft, die Zuverlässigkeit/Sorgfalt sowie für das Sozialverhalten werden Kinder und Jugendliche frühzeitig auf zukünftige Erwartungen in ihrem Arbeitsleben vorbereitet. Eltern tragen laut Grundgesetz und der Landesverfassung Nordrhein-Westfalens selbstverständlich eine wichtige Verantwortung für die Erziehung und die Bildung ihrer Kinder. Daher kann diese Verantwortung nicht ausschließlich an die Bildungseinrichtungen delegiert werden. Die Familien müssen diese Verantwortung auch verstärkt wahrnehmen. Z. B. durch den Ausbau von Familienzentren wollen wir die Elternkompetenz stärken und sie bei der Erziehungswahrnehmung unterstützen. Darüber hinaus ist nach dem Ende der Schulpflicht zudem auf die eigenverantwortliche Lebensgestaltung hinzuweisen. Junge Erwachsene müssen ab dem entsprechenden Alter ein Gefühl für die Gestaltung des persönlichen Lebens, für die Bereitschaft, Leistung zu zeigen, entwickeln. Dieses gehört neben der selbstverständlichen Verantwortung des Staates, ein umfassendes und qualitativ hochwertiges Bildungssystem zu bieten, zu einer eigenverantwortlichen Lebensgestaltung hinzu. Die Familien- und Elternbildung stellt darüber hinaus ein wichtiges Feld der Weiterbildung dar, dessen Unterstützung die FDP für sehr wichtig erachtet und die aus dem Landeshaushalt finanziell gefördert wird. Die FDP möchte die Weiterbildungsbereitschaft insbesondere bei bildungsferneren Bevölkerungsgruppen erhöhen.

**Die Kommunen können aus finanziellen Gründen die Schulen häufig nicht mehr angemessen ausstatten. Wie sehen Sie die Verantwortung des Landes, die Kommunen zu unterstützen, Gebäude und Hardware (Computer, OHP, Tafeln etc.) bereitzustellen?**

#### **FDP**

Unter der Regierungsverantwortung der FDP wurde allein der Haushalt für Schule und Weiterbildung seit der Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 2005 um zwei Milliarden Euro erhöht. Im Schuljahr 2009/2010 werden pro Schüler fast 1.000 Euro mehr als noch vor dem Regierungswechsel ausgegeben (2005: 4.062 Euro, 2010: 5.060 Euro). Nordrhein-Westfalen gibt inzwischen über 40 Prozent des gesamten Landeshaushalts für Bildung aus; dies ist der höchste Anteil im Vergleich aller Bundesländer. Die Schul- und Bildungspauschale des Landes wurde schrittweise auf 600 Millionen Euro erhöht. Das Land Nordrhein-Westfalen hat im Vergleich aller Bundesländer mit 84 Prozent der Mittel aus dem Konjunkturpaket II den Kommunen den höchsten Anteil direkt zugeleitet. Auch hat das Land die Kommunen bei der sächlichen Ausstattung, so z. B. beim Ausbau von Mensen, Kantinen und Aufenthaltsräumen im Zuge des 1000-Schulen-Programms massiv unterstützt. Die FDP will in Abhängigkeit von der Konsolidierung der Landesfinanzen zusätzlich zur Bildungspauschale ein Landesprogramm zur Verbesserung der räumlichen und technischen Infrastruktur der Schulen konzipieren. Dafür müssen auch die Kooperationsmöglichkeiten mit der Wirtschaft genutzt werden. Die FDP will insbesondere sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler Zugang zu modernen Fachräumen für den Unterricht in Naturwissenschaften, Technik und Informatik erhalten.

**Die Gesamtschulen leiden unter einem gravierenden Lehrermangel. Stellen können nicht besetzt werden, weil es zu wenige Bewerber/innen gibt. Was gedenken Sie gegen die zunehmende Unterversorgung mit Lehrer/innen zu tun?**

#### **FDP**

SPD und Grüne haben 2004 die Streichung von 16.000 Lehrerstellen bis 2013 angekündigt. Statt zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen, haben SPD und Grüne darüber hinaus viele Lehrer einfach jahrelang eine Stunde pro Woche mehr arbeiten lassen. Diese sogenannten Vorgriffsstunden müssen nun selbstverständlich zurückgegeben werden und machen im Jahr mehr als 2.500 Stellen, insgesamt rund 16.000 Stellen, aus. Unter Regierungsbeteiligung der FDP wurden in den vergangenen Jahren 8.124 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen und 9.200 Stellen sogenannter Demographiegewinne im System belassen. So kommen den Gesamtschulen von den 4.000 gegen den Unterrichtsausfall und für die individuelle Förderung

allein 415 zusätzliche Stellen zugute. Die durchschnittliche Bedarfsdeckungsquote hat sich auch an den Gesamtschulen deutlich verbessert. Betrug sie z. B. im Jahr 2003/2004 noch 98,6 Prozent, so waren es 2008/2009 bereits 101,8 Prozent. In den 90er Jahren sind bis zum Regierungswechsel im Jahr 2005 viel zu wenige Lehrer eingestellt worden. 2004 hatte Rot-Grün nicht nur den Abbau von 16.000 Lehrerstellen bis zum Jahr 2013 beschlossen, sondern sie haben auch über Jahre verkündet, dass keine weiteren Lehrer benötigt würden und dass ab 2008 ein Einstellungsstopp verhängt werden sollte. SPD und Grüne haben darüber hinaus zwischen 1998 und 2004 3.500 Referendariatsplätze gestrichen. Unter der Regierungsverantwortung der FDP sind die Stellen im Vorbereitungsdienst kontinuierlich um über 3.000 Stellen erhöht worden. Jede freie Stelle kann ausgeschrieben werden; es werden keine Stellen, wie unter Rot-Grün, gesperrt. Es wird aktive Werbung für den Lehrerberuf in Schulen und Universitäten betrieben. Die Verbeamtungsgrenze wurde auf 40 Jahre erhöht. Es wurde die vorzeitige verbindliche Einstellungszusage eingeführt. Weitere Maßnahmen bilden die Erhöhung der Stellen für den Vorbereitungsdienst, die Einführung von zwei Einstellungsterminen pro Jahr in den Vorbereitungsdienst, die Einstellung qualifizierter Seiteneinsteiger, die Flexibilisierung von Ganztagsmitteln, die Einstellung von Uni-Absolventen mit nur einem Fach, die Einrichtung von Zertifikatskursen, Qualifizierung (Lehrer) für Mangelfächer oder auch die Einführung des ergänzenden zweijährigen Sprintstudiums für Mangelfächer. Neben diesen Maßnahmen möchte die FDP im Rahmen der für das Jahr 2012 angekündigten Dienstrechtsreform Anreizsysteme einführen. Darüber hinaus sollen für das Lehramtsstudium in Mangelfächern Leistungsanreize im Rahmen der Stipendiensysteme oder durch Prämienmodelle eingeführt werden.